

Politische Forderungen des Fachverbandes Sucht

Der Fachverband Sucht empfiehlt für die politische Ausrichtung der Drogenpolitik in den nächsten Jahren die Festlegung von konkreten Gesundheitszielen, speziell im Bereich des Umgangs mit Suchtmitteln für eine definierte Zeitperiode. In den letzten Monaten sind mit den neuen Gesetzen „Digitale Rentenübersicht vom 11. Februar 2021“ und dem Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetz Regelungen verabschiedet worden, welche die praktische Arbeit der Verbände stärkt. Diese Möglichkeiten müssen jedoch weiter durch die Politik gefördert und unterstützt werden.

Um auf den unterschiedlichen Bereichen der Gefährdungsebenen praktische Verbesserung in Zukunft zu erzielen, bedarf es aus Sicht des Fachverbandes einschneidender Maßnahmen.

Besonders relevant wären:

Bereich Alkoholkonsum

Der schädliche und abhängige Konsum von Alkohol führt nach wie vor zu erheblichen negativen Auswirkungen, sowohl bei den Konsument*innen, als auch bei dem direkten sozialen Umfeld und verursacht nicht zuletzt schwerwiegende sozioökonomische Probleme. Nach wie vor sterben pro Jahr circa 40.000 Menschen an den direkten Folgen des übermäßigen Alkoholkonsums. Während der aktuellen Pandemie wurde deutlich, dass sich insbesondere der Alkoholkonsum jener Menschen verstärkt, die bereits zuvor Alkohol konsumierten um negative Empfindungen zu unterdrücken. Dies führte nicht nur zu Schädigungen bei den Betroffenen sondern hatte auch negative Auswirkungen auf die Arbeitsleistung und die sozialen Bezugspersonen, wobei hier insbesondere auch die Kinder zu nennen sind.

Vor dem Hintergrund des erheblichen gesamtgesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Schadens, der aus dem Alkoholismus erwächst, sind folgende Forderungen zu stellen:

- Etablierung von grundlegenden Maßnahmen zur Reduzierung der durchschnittlichen Konsummenge an Alkohol für die nächsten vier Jahre um durchschnittlich 1 l reinen Alkohol pro Jahr (z.B. über Einschränkung der Werbung für Alkoholika)
- weiterer Ausbau von präventiven Maßnahmen, auch unter der Berücksichtigung des Einsatzes von digitalen Medien
- Förderung von nahtlosen Behandlungsstrukturen und Unterstützung einer qualitätsorientierten Finanzierung der medizinischen Suchtrehabilitation alkoholkranker Menschen

Bereich psychotrope Medikamente

Die Medikamentenabhängigkeit ist eine oft verborgene Sucht. Ein besonderer Problembereich liegt darin, dass die Betroffenen noch deutlich seltener als Alkoholabhängig den Weg in das Suchthilfesystem finden. Nicht nur spezielle Gruppen der Bevölkerung, wie ältere Menschen, und hier insbesondere Frauen, sondern, gerade in Zeiten der Pandemie, durchaus immer häufiger auch andere Bevölkerungsgruppen, konsumieren zunehmend psychotrope Medikamente insbesondere Beruhigungs- und Schlafmittel sowie Schmerzmittel. Schlafstörungen im Rahmen eines gestörten Lebensrhythmus, soziale Isolation und mangelnde persönliche Ansprache, Katastrophen- und Zukunftsängste sowie wirtschaftliche Sorgen haben dazu geführt, dass vermehrt psychosomatische Symptome bis hin zu psychischen Krankheitsbildern wie Depressionen und Angststörungen auftreten, auch mit der Folge des Versuchs der Eigenmedikation mit Medikamenten mit Suchtpotenz. Mittel- und langfristig ist deshalb mit einer weiteren Zunahme der Medikamentenabhängigkeit zu rechnen.

Daraus folgt:

- Die Beratung und Behandlung von Menschen die einen missbräuchlichen Umgang mit psychotropen Substanzen praktizieren, benötigen eine persönliche, direkte Zuwendung von qualifiziertem Personal mit entsprechendem Zeitbedarf (z.B. Hausärzt*innen, ärztliche und psychologische Psychotherapeut*innen)
- Unbürokratische, zeitnahe Behandlungspfade von der Entgiftung über die ambulante oder stationäre Behandlung bis zur qualifizierten Nachsorge müssen für alle zugänglich sein
- Eine Berücksichtigung der Thematik in den Ausbildungsordnungen der Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen muss die Grundlage für eine aufmerksame, kritische Behandlungsstrategie der Behandler*innen bilden

Bereich illegale Substanzen

In der kritischen Reflexion der Zahlen in den letzten Jahren muss konstatiert werden, dass der Konsum von illegalen Substanzen insgesamt wieder zugenommen hat. Unter anderem hat eine nicht angemessene Verharmlosung des Konsums von Cannabis, inklusive der Diskussion um eine Freigabe, eine konstruktive, fachlich-sachliche Auseinandersetzung mit dieser Fragestellung in der jüngeren Vergangenheit erheblich beeinträchtigt.

Daraus folgt:

- Erfahrungen aus wissenschaftlichen Untersuchungen, sowohl im In- als auch Ausland müssen in den Entscheidungsprozess über den zukünftigen Umgang mit Drogen integriert werden
- Ambulante und stationäre Therapieangebote, eingebettet in sozialintegrierende Maßnahmen bedürfen einer gesamtgesellschaftlichen Akzeptanz
- die Frage der fachlich sinnvollen Indikationsstellung für eine Substitution und die Gewährleistung der entsprechenden Rahmenbedingung sind eine Grundlage für eine fortschrittliche Gesundheitspolitik im Bereich der Behandlung von Suchtproblemen

Bereich pathologischer Internetgebrauch

Ebenfalls ein, zumindest den Schweregrad betreffend, sich verschärfender Aspekt durch die Corona Pandemie ist der Anstieg von Zeiten des Umgangs mit digitalen Medien. Die durchschnittliche Verweildauer von jungen Menschen im Umgang mit digitalen Medien hat zum Teil exorbitante Zuwächse angenommen. Damit sind oft eine Reihe von negativen biopsychosozialen Effekten verbunden bis dahin, dass durch die übermäßige Internetnutzung neurologische Veränderungen bei den Nutzern hervorgerufen werden, die einen pathologischen Stellenwert haben.

Daraus folgt:

- breite Angebote für Betroffene und Angehörige, wie ein nicht mehr angemessener, negative Konsequenzen nach sich ziehender Umgang mit digitalen Medien verändert, respektive behandelt werden kann
- Finanzierung von Präventionsangeboten zur Sensibilisierung der Thematik
- Ausbau der Behandlungskapazitäten durch kostendeckende Finanzierungen der Therapiemaßnahmen

Bereich Pathologisches Glücksspiel

Der in Vorbereitung befindliche neue Glücksspielstaatsvertrag, der den Bereich des Glücksspiels sowohl terrestrisch als auch online neu regeln soll, versucht zwar den illegalen Bereich damit deutlich zurück zu drängen und transparente Strukturen zu schaffen, wird jedoch auch einem missbräuchlichen Umgang mit Glücksspielen neue Tore öffnen.

Daraus folgt:

- Gerade während des Aufbaus von neuen Strukturen sehr genaue Überwachung der beschriebenen Vorgaben und schnellstmögliche Umsetzung der angedachten Schutzfunktionen, gerade für Jugendliche
- mit den zusätzlich zu erwartenden Steuereinnahmen Förderung der wissenschaftlichen Forschung über Gefahren des Glücksspiels und Unterstützung von Beratungs- und Behandlungsangeboten für pathologische Glücksspieler
- stärkere, als bisher geplante Einschränkung der Werbung für Glücksspiel, vor allem auf digitalem Sektor (z.B. entsprechende Zulassung von Werbung erst ab 22.00 Uhr)

Bereich Nikotinabhängigkeit

Nach wie vor führt der Konsum von Nikotin in weiten Teilen der Bevölkerung zu extremen körperlichen Schäden bis hin zum frühzeitigen Tod. In den letzten Jahren haben zwar die Maßnahmen wie Einschränkung der Werbung und Sensibilisierung der schädlichen Folgen des Nikotinkonsums Erfolge erzielt, wir befinden uns jedoch nach wie vor auf einer Konsumebene die bei den Konsumenten zu weitreichenden negativen körperlichen und psychosozialen Folgen führt. Daraus folgt:

- Weitere Reduzierung der Raucherquote, vor allem bei Jugendlichen innerhalb der nächsten 4 Jahre auf maximal 10 % der Bevölkerungsgruppe
- Etablierung von ambulanten und stationären Therapieangeboten für Tabakabhängigkeit
- Weitere Werbeverbote und Schutzmaßnahmen für Jugendliche

Ansprechpartner für Rückfragen:

*Dr. Thomas Klein
Geschäftsführer
Fachverband Sucht e.V.
Walramstraße 3
53175 Bonn
Telefon: 02 28/261555
t.klein@sucht.de*